



Keine Wahlen am 4. Dezember!

Fünf Wochen lang tobte ein erbitterter Streit um die Verteilung der 130 Sitze im bolivianischen Parlament. Dabei ging es nicht um die Vertretung der verschiedenen Parteien oder Bewegungen, worüber ja das Volk selbst zu entscheiden hat, sondern um die Frage, wie viele Abgeordnete die einzelnen Departamente stellen.

Bei den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2002 waren die Sitze nach folgendem Schlüssel unter den neun Departamenten aufgeteilt:

DEPARTAMENT	ANZAHL
La Paz	31
Santa Cruz	22
Cochabamba	18
Potosi	15
Chuquisaca	11
Oruro	10
Tarija	9
Beni	9
Pando	5
GESAMT	130

Aufgrund der Migrationsbewegungen innerhalb des Landes, verpflichtete das Verfassungsgericht das bolivianische Parlament, die Sitzverteilung der "aktuellen" Situation (auf Basis der letzten Volkszählung aus dem Jahr 2001) anzupassen. Danach müsste vor allem das Departament Santa Cruz und evtl. das Departament Cochabamba stärker berücksichtigt werden und weniger die Departamente Potosi, Oruro und La Paz. Nach Angaben der nationalen Wahlbehörde musste dies bis Freitag, 28. Oktober geschehen. Ansonsten kann diese aus organisatorischen Gründen die Wahl nicht mehr am 4. Dezember durchführen.

Da weder die Verfassung noch ein entsprechendes Gesetz ein eindeutiges Reglement für die Sitzverteilung festschreibt, gab es bis zuletzt eine Vielzahl von Vorschlägen. Schlussendlich waren die Abgeordneten nicht in der Lage, sich bis zum Stichtag auf eine Sitzverteilung zu einigen, die der derzeitigen Bevölkerungsverteilung Rechnung trägt. Auch Präsident Eduardo Rodríguez, der die ganze Zeit über betonte, wie wichtig die Wahlen für die Einheit und Zukunft des Landes seien, vermochte es nicht, die Abgeordneten zu einem Konsens zu bringen. Dies spiegelt das politische Gewicht der derzeitigen Übergangsregierung wieder.



Wie geht es weiter?

Das Scheitern der Sitzverteilungsdebatte zeigt die schwere innenpolitische Krise, in der sich Bolivien befindet. Es ist davon auszugehen, dass viele das Verschieben der Wahl nicht einfach hinnehmen werden. So hat der Verband der Kleinbauern und Volksstämme von Chuquisaca (la Federación única de Trabajadores Campesinos y Pueblos Originarios de Chuquisaca) schon Protestmaßnahmen bis zur Schließung des Parlaments angekündigt. Der Sicherheitshinweis des Auswärtigen Amtes „... *Es kann jederzeit wieder zu Massenprotesten, Streiks und Straßenblockaden kommen...*“ erfährt in diesen Tagen eine neue Aktualität.

Ob solche Szenarien abgewendet werden können, indem es den politisch Verantwortlichen in den nächsten Tagen gelingt, doch noch Wahlen in diesem Jahr zu ermöglichen ist fraglich. Die Erfahrung der letzten Wochen ist diesbezüglich nicht gerade ermutigend.

Jürgen Leonhard